Nr. 131.2025
13. November 2025

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

AG Inneres
AG Digitales und Staatsmodernisierung

Cybersicherheit im Fokus: Parlament modernisiert IT-Sicherheitsstandards

Der Deutsche Bundestag hat heute das Gesetz zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie verabschiedet. Durch das Gesetz werden Grundlagen für eine umfassende Modernisierung der IT-Sicherheitsstandards für große Teile der Wirtschaft und Bundesverwaltung bestimmt. Neben dem erweiterten Geltungsbereich geht es unter anderem um verpflichtende Sicherheitsmaßnahmen, verbessertes Risikomanagement und eine Meldepflicht von Sicherheitsvorfällen. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer wachsenden Bedrohungslage: Laut einer Bitkom-Studie stieg der Schaden durch Angriffe auf die deutsche Wirtschaft im letzten Jahr auf fast 290 Milliarden Euro.

Sonja Eichwede, *stellvertretende Fraktionsvorsitzende:*

„Das Parlament hat den Regierungsentwurf nun noch einmal deutlich nachgeschärft: Neben erweiterten Befugnissen für das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wird auch die gesetzliche Verankerung eines neuen Chief Information Security Officers (CISO) beim BSI richtungsweisend sein: Die Verantwortung für Cybersicherheit wird zentralisiert und priorisiert. Das Parlament hat bewiesen, wie ernst es die Bedrohungslage nimmt. Mit der NIS-2-Einigung setzen wir ein klares Bekenntnis für mehr Sicherheit in Deutschland. Dass wir dabei nicht nur – wie ursprünglich vorgesehen – den IT-Grundschutz für Ministerien und Kanzleramt beschlossen haben, sondern diesen auf die gesamte Bundesverwaltung ausweiten, ist ein starkes Signal der Glaubwürdigkeit des Bundes. IT-Sicherheit ist längst eine Frage der öffentlichen Sicherheit, da müssen wir an einem Strang ziehen."

Johannes Schätzl, *zuständiger Berichterstatter und digitalpolitischer Sprecher:*

„Dies gilt besonders auch für unsere kritische Infrastruktur. Ich bin sehr froh, dass es uns im Parlament auch gelungen ist, schärfere Regelungen für den Umgang mit kritischen Komponenten zum Beispiel in unseren Mobilfunknetzen zu finden: Das BMI kann zukünftig anordnen, dass Betreiber kritischer Infrastrukturen Bauteile einzelner nicht-vertrauenswürdiger Hersteller aus ihren Anlagen ausbauen müssen. Insbesondere vor dem Hintergrund chinesischer Einflussnahme ist das ein dringend notwendiger Schritt für unsere Widerstandsfähigkeit und die digitale Souveränität Deutschlands."

Impressum

Nr. 131.2025 / 13. November 2025

Herausgeber: Katja Mast
Redaktion: Dominik Dicken

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag